



## Niederschrift

über den öffentlichen Teil der 40. Sitzung des Ausschusses  
für Bau, Planung und Umwelt der Stadt Eberswalde  
am 06.11.2018, 18:15 Uhr,  
im Bürgerbildungszentrum Amadeu Antonio, Saal,  
Puschkinstraße 13, 16225 Eberswalde

## TAGESORDNUNG

1. Begrüßung und Eröffnung der Sitzung
2. Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit
3. Beschlussfassung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift der 39. Sitzung des Ausschusses für Bau, Planung und Umwelt der Stadt Eberswalde vom 09.10.2018
4. Feststellung der Tagesordnung
5. Informationen des Vorsitzenden
6. Einwohnerfragestunde
7. Informationen aus der Stadtverwaltung
  - 7.1. Information zum Informations- und Wegeleitsystem
  - 7.2. Information zum Runden Tisch Geh- und Radwegsanierung 2019 - 2020
  - 7.3. Sonstige Informationen
8. Informationsvorlagen
9. Anfragen, Anregungen und Informationen von Fraktionen, Stadtverordneten und sachkundigen Einwohnern sowie im Rahmen ihrer Zuständigkeit von Ortsvorstehern/-innen, der Vorsitzenden der Beiräte gem. Hauptsatzung, dem/der Vorsitzenden des KJP und den Beauftragten gem. Hauptsatzung

10. Beschlussvorlagen (Beratung und Beschlussfassung)
- 10.1. **Vorlage:** BV/0756/2018      **Einreicher /**  
**zuständige Dienststelle:** 20 - Kämmerei  
**Haushaltssatzung 2019**  
- 2. Lesung
- 10.2. **Vorlage:** BV/0777/2018      **Einreicher /**  
**zuständige Dienststelle:** 65 - Tiefbauamt  
**Entwurfsplanung und Baubeschluss der Verkehrsanlage Pfeilstraße**
- 10.3. **Vorlage:** BV/0786/2018      **Einreicher /**  
**zuständige Dienststelle:** 61 - Stadtentwicklungsamt  
**1. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Eberswalde**  
**Vorbereitung des Abwägungsergebnisses für die Teilfläche B**
- 10.4. **Vorlage:** BV/0780/2018      **Einreicher /**  
**zuständige Dienststelle:** 61 - Stadtentwicklungsamt  
**Benennung der neu entstehenden öffentlichen Straße im Geltungsbereich des**  
**Bebauungsplanes Nr. 606 "Christel-Brauns-Weg" in "Christel-Brauns-Weg"**
- 10.5. **Vorlage:** BV/0779/2018      **Einreicher /**  
**zuständige Dienststelle:** 61 - Stadtentwicklungsamt  
**Bebauungsplan Nr. 606 "Christel-Brauns-Weg"**  
**Aufstellungsbeschluss nach § 2 Abs. 1 BauGB**
- 10.6. **Vorlage:** BV/0773/2018      **Einreicher /**  
**zuständige Dienststelle:** 65 - Tiefbauamt  
**Satzung über Erlaubnisse und Gebühren für Sondernutzungen an öffentlichen**  
**Straßen, Wegen und Plätzen in der Stadt Eberswalde (Sondernutzungssatzung)**
- 10.7. **Vorlage:** BV/0775/2018      **Einreicher /**  
**zuständige Dienststelle:** 65 - Tiefbauamt  
**1. Satzung zur Änderung der Satzung der Stadt Eberswalde über die Umlage**  
**der Verbandsbeiträge des Gewässer- und Deichverbandes Oderbruch**
- 10.8. **Vorlage:** BV/0774/2018      **Einreicher /**  
**zuständige Dienststelle:** 65 - Tiefbauamt  
**2. Satzung zur Änderung der Satzung der Stadt Eberswalde über die Umlage**  
**der Verbandsbeiträge des Wasser- und Bodenverbandes „Finowfließ“**

## **TOP 1**

### **Begrüßung und Eröffnung der Sitzung**

Herr Wolff begrüßt alle Anwesenden und eröffnet die 40. Sitzung des Ausschusses für Bau, Planung und Umwelt (ABPU).

## **TOP 2**

### **Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit**

Herr Wolff stellt fest, dass form- und fristgerecht eingeladen wurde und der ABPU beschlussfähig ist. Einwendungen hiergegen werden nicht erhoben.

Zu Beginn der heutigen ABPU-Sitzung sind **7 Mitglieder** anwesend (**Anlage 1**).

## **TOP 3**

### **Beschlussfassung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift der 39. Sitzung des Ausschusses für Bau, Planung und Umwelt der Stadt Eberswalde vom 09.10.2018**

Herr Sandow nimmt Bezug auf die zu TOP 7.1 stattgefundenen Diskussionen und merkt an, dass sie sich nicht in der Niederschrift widerspiegeln. Er bittet um Ergänzung.

Herr Dr. Mai beantragt auf der Seite 5, unter TOP 7.1 vor dem letzten Satz folgenden Wortlaut aufzunehmen: „Es gab eine kontroverse Diskussion.“

**Abstimmungsergebnis zur Änderung der Niederschrift:** einstimmig bestätigt

Herr Wolff sagt zu, dass die Niederschrift dahingehend geändert wird.

Es liegen keine weiteren Einwendungen vor.

Herr Jede nimmt ab 18:21 Uhr an der Sitzung teil. **Somit sind 7 Mitglieder und 1 zusätzliches Mitglied mit aktivem Teilnahmerecht** anwesend.

## **TOP 4**

### **Feststellung der Tagesordnung**

Der Tagesordnung wird einstimmig zugestimmt.

## TOP 5

### Informationen des Vorsitzenden

Es werden keine Informationen gegeben.

## TOP 6

### Einwohnerfragestunde

Herr Wolff erläutert zu Beginn der Einwohnerfragestunde das Procedere.

#### 1. Elternsprecherin der Bruno-H.-Bürgel-Schule

- berichtet, dass die Elternsprecher der Bruno-H.-Bürgel-Schule anwesend sind und fragen die Stadtverordneten, wie sie zu den aus ihrer Sicht massiven Problemen im Bereich des Brandschutzes an der Schule stehen; sie führt aus, dass aus Sicht der Eltern die Feuertreppe am Schulgebäude fehlt und die Kinder aus den oberen Stockwerken nicht schnell genug das Schulgebäude verlassen können, wenn der Feueralarm im Ernstfall ausgelöst wird, dass der Feueralarm in den einzelnen Räumen nicht zu hören ist, dass es an der Schule kein Warmwasser gibt, aufgrund eines Legionellenproblems und dass im gesamten Schulgebäude generelle Sanierungsmaßnahmen erforderlich sind

Herr Wolff antwortet, dass sich der ABPU zumindest seit 2014 bereits mehrfach mit der Sanierung der Bruno-H.-Bürgel-Schule befasst hat und nach aktuellem Stand zwei größere Planungsvergaben getätigt worden sind. Er merkt an, dass die Verwaltung in Abstimmung mit den Stadtverordneten an einem kontinuierlichen Sanierungsprozess unter der Bedingung, dass der Schulbetrieb aufrechtzuerhalten ist, arbeitet und gibt zu bedenken, dass Sanierungsvorhaben öffentlicher Träger immer eine bestimmte Zeit in Anspruch nehmen.

Frau Fellner geht auf die Bestandssituation und die Brandschutzbedingungen in dieser Schule ein und auf die erneuerte Brandmeldeanlage, die mit einem Probefeueralarm gemäß dem Abnahmeprotokoll unter Anwesenheit der Schulleiterin Frau Eilitz geprüft und von den Beteiligten als funktionstüchtig bestätigt wurde und dass darin als unzureichend die Hörbarkeit im akustisch ertüchtigtem Musikraum festgehalten wurde. Frau Fellner informiert, dass die Brandmeldeanlage für den Musikraum umgehend nachgerüstet wird und die Vorbereitungen dazu bereits laufen. Umso erstaunter ist die Verwaltung über die sehr unterschiedlichen Wahrnehmungen zur Abnahme und die Verwaltung von der Schulleitung erwartet, dass Probleme, die sich ggf. erst im laufenden Betrieb aufgetan haben, umgehend der Verwaltung gemeldet werden, was in Bezug auf die Brandmeldeanlage bis dato nicht erfolgt ist und bittet die Schulleitung, dass Mängel oder Probleme direkt mit der Verwaltung besprochen werden, um Lösung zu finden.

Herr Hoeck nimmt ab 18:29 Uhr an der Sitzung teil. Damit sind **8 Mitglieder und 1 Stadtverordneter mit aktivem Teilnahmerecht** anwesend.

Frau Fellner stellt fest, dass die derzeitige Situation in der Schule sehr unterschiedlich interpretiert wird und sich unter anderem der Vorsitzende Elternsprecher, der um einen konstruktiven Dialog mit der Stadtverwaltung bat, sich von der Darlegung in dem offenen Brief eines Elternsprechers vom 25.10.2018 distanziert. Darüber hinaus erklärt Frau Fellner, dass es kein Legionellenproblem in der Schule gibt, Warmwasser zum Duschen in der Turnhalle vorgehalten wird, aber in den Klassenräumen und in den Toiletten aufgrund der zeitlich begrenzten Nutzung - wie es regulär in jeder anderen städtischen Einrichtung auch ist - nur Kaltwasser angeboten wird. Weiter führt sie aus, dass jährlich regelmäßige Instandsetzungsmaßnahmen in Höhe von 100.000 Euro umgesetzt werden, geht auf die realisierten Maßnahmen in 2016 und 2017 ein und erläutert, dass die für dieses Jahr umzusetzenden Maßnahmen in der Schulkonferenz abgestimmt wurden. Demnach sollten die Hausalarmanlage (Einbau einer leistungsfähigen Brandmeldezentrale, DIN gerechte Handfeuermelder und Alarmgeber), Erneuerung der Sanitärobjekte und Armaturen (Klassenzimmerwaschtische, WCs, Fliesenspiegel und Austausch der Spendersysteme) als auch die Umrüstung auf LED-Beleuchtung in der Sporthalle durchgeführt werden und zusätzlich 25.000 Euro für die Erneuerung der Computertechnik befürwortet sind. Für das Jahr 2019 stehen erneut 100.000 Euro zur Verfügung, diese werden für die Erneuerung des Heizkessels, für Malerarbeiten und ggf. zur Erneuerung des Parketts in der Sporthalle eingesetzt. Parallel dazu wurden bereits Planungsleistungen für die Erneuerung der Fenster, außenliegender Sonnenschutz, incl. Elektroleitungen und Prallschutz (in der Turnhalle) als auch für die Malerarbeiten ausgeschrieben und hier gilt noch den Fördermittelbescheid und die denkmalrechtliche Erlaubnis abzuwarten. Die Umsetzung beginnt demnach im nächsten Jahr. Frau Fellner erläutert darüber hinaus, dass die Planungsleistung für die grundlegende Sanierung der Schule, einschließlich der Sporthalle, in einem EU-weiten Ausschreibungsverfahren (Bedingungen für öffentliche Auftraggeber!) ausgeschrieben wurde und Bestandteil dieser die Erarbeitung eines Brandschutzkonzeptes, in dem der bauliche, anlagentechnische und organisiert betriebliche und abwehrende Brandschutz geprüft wird, ist. Sie informiert, dass derzeit die Grundlagenermittlung/Vorplanung, in Form einer Variantenuntersuchung erfolgt und die erste Anlaufberatung bereits im Oktober stattfand.

Frau Oehler nimmt ab 18:32 Uhr an der Sitzung teil. Damit sind **9 Mitglieder und 1 Stadtverordneter mit aktivem Teilnahmerecht** anwesend

Frau Fellner weist darauf hin, dass diese Maßnahmen und Vorgehensweisen in der Schulkonferenz besprochen wurden, der Schulleitung die Protokolle und den weiterführenden Schriftverkehr vorliegen hat und dass auf deren Bitten eine sukzessive Sanierung angegangen wurde, die bereits seit mehreren Jahren erfolgt. Im Ergebnis ist davon auszugehen, dass ein nicht unerhebliches Kommunikationsdefizit zwischen der Schulleitung und den Eltern vorliegt. Frau Fellner weist darauf hin, dass es keinerlei Probleme für die derzeitige Nutzung auf der Grundlage der vorliegenden Betriebserlaubnis und Baugenehmigung für die Schule gibt und dass die Verwaltung kontinuierlich Sanierungsarbeiten in einem nicht unerheblichen Maße durchführt, die von den Stadtverordneten mit entsprechenden Anträge und Aufträgen an die Verwaltung übertragen wurden.

Herr Wolff geht auf die Fragestellung der Elternsprecherin, wie die Stadtverordneten dazu stehen, ein und antwortet, dass die Stadtverordneten und Ausschussmitglieder über Sanierungsmaßnahmen und weitere Schritte von Instandsetzungsmaßnahmen durch die Verwaltung informiert sind und Fragestellungen und Diskussionen im Ausschuss behandelt wurden.

## 2. Elternsprecherin aus der Bruno-H.-Bürgel-Schule

- sie geht auf die Aussagen von Frau Fellner ein und schildert, dass es sich um einen mit den Elternsprechern abgestimmten Brief handelt, dass aus Sicht der Eltern die Probleme des Brandschutzes derzeit bestehen, wie das Fehlen der Feuertreppen an den Schulgebäuden, und diese sofort angegangen werden sollten und nicht erst im Rahmen der Komplettsanierung
- sie bittet um ein konstruktives Gespräch mit der Stadt und den Stadtverordneten, um eine gemeinsame und auch langfristige Lösung zu finden, die die Lernbedingungen und die Sicherheit der Kinder umgehend verbessert
- sie weist auf die Information durch die Schulleitung hin, dass die Kinder während eines Probealarms nicht zu einer adäquaten Zeit nach dem Warnsignal das Schulgebäude verlassen konnten, weil die Wege zu lang sind und die Alarmanlage in manchen Räumen nicht gehört werden konnte
- erklärt, dass ihres Wissens die Information von der Schulleitung an die Verwaltung herangetragen wurde

Herr Wolff stellt fest, dass das Gesprächsangebot seitens der Fraktionen und der Verwaltung vorliegt und im ABPU darüber weiterhin informiert wird.

Herr Banaskiewicz erklärt, dass die im offenen Brief von den Elternsprechern als „eklatanten Mängel“ bezeichnet, bisher nicht durch die Schulleitung oder von Elternsprechern an die Fraktion herangetragen wurden und äußert deshalb Erstaunen über die darin erhobenen Vorwürfe. Er vergewissert sich gegenüber der Verwaltung, dass während der Brandschutzabnahme, in dem die Brandschutzbedingungen durch einen Fachmann überprüft wurden, erfolgt ist und keine brandschutztechnischen Mängel festgestellt wurden. Herr Banaskiewicz fragt nach, ob die Schulleitung die festgestellten Mängel an die Eltern herangetragen hat und warum nicht die Schulleitung, sondern die Eltern an die Verwaltung mit den Problemen herantreten und ob es Probleme zwischen Schulleitung und Verwaltung gibt. Darüber hinaus sagt er zu, dass er die Thematik in seiner Fraktion besprechen wird und gibt den Hinweis, dass die Schulleitung die Möglichkeit hat, direkt an die Fraktionen heranzutreten.

Frau Fellner unterstreicht, dass es der Verwaltung darüber hinaus wichtig ist, dass die Sanierung während eines ordnungsgemäßen Unterrichts durchgeführt wird und erläutert, dass das Amt 40 budgetverantwortlich ist, somit die Kommunikation über das Amt 40 mit der Amtsleiterin Frau Ladewig erfolgt und das Baudezernat im Auftrag vom Amt 40 eine ausführende Funktion hat; die Umsetzung wird gemäß der Absprachen aus der Schulkonferenz ausgeführt. Sie sichert zu, dass die Verwaltung zukünftig selbst in der Schulkonferenz über jeden Planungsschritt informieren wird und die Verwaltung den Anforderungen gerecht werden kann und keine Gefährdung für die Kinder besteht.

### 3. Elternsprecher aus der Bruno-H.-Bürgel-Schule

- äußert seine Verwunderung über die unterschiedlichen Wahrnehmungen der Schulleitung und der Verwaltung und dass es wünschenswert ist, wenn die Kommunikation untereinander funktionieren würde und die gleichen Ziele angestrebt werden
- fragt an, wo er die bauzeitlichen und auch organisatorischen Informationen zu den Sanierungsmaßnahmen an der Schule nachlesen kann

#### Frau Wagner:

- antwortet, dass man sich auf der Homepage der Stadt Eberswalde, direkt bei der Verwaltung oder auch bei jeder Fraktion informieren kann und berichtet, dass am 08.11.2018 der Ausschuss für Soziales, Bildung, Kultur und Sport tagt und auch dort Fragen zu dieser Thematik gestellt werden können

Herr Wolff schließt die Einwohnerfragestunde um 18:54 Uhr.

## **TOP 7**

### **Informationen aus der Stadtverwaltung**

#### **TOP 7.1**

#### **Information zum Informations- und Wegeleitsystem**

Herr Wolff beantragt das Rederecht für Simone Schulz und Herrn Kazenwadel vom Büro DrNice GbR und für die Kunsthistorikerin Frau Rücker.

**Abstimmungsergebnis für das Rederecht:** einstimmig bestätigt

Frau Leuschner informiert gemeinsam mit Frau Schulz und Herrn Kazenwadel anhand der PowerPoint-Präsentation (**Anlage 2**) zum aktuellen Stand der Planungen zum Informations- und Wegeleitsystem.

Im Ergebnis der Diskussion werden als Anregung mitgenommen:

- die Schrift größer darstellen
- dem Inhalt des Textes mehr Struktur geben, in dem nur ein Leitsatz in englischer und polnischer Sprache dargestellt und der weitere Text in deutscher Sprache belassen wird
- zu einem späteren Zeitpunkt den Audioguide in Form des QR-Codes ergänzen,
- den Kontrast der Schriftfarbe und Schildfarbe in Bezug auf die Barrierefreiheit verbessern
- kontrastreichere Schrift anwenden
- die bereits bestehenden braunen Hinweisschilder auf Aktualität prüfen

## TOP 7.2

### Information zum Runden Tisch Geh- und Radwegsanierung 2019 - 2020

Frau Köhler berichtet anhand einer PowerPoint-Präsentation (**Anlage 3**) über die Ergebnisse des Runden Tisches zur Geh- und Radwegsanierung 2019 - 2020 am 17.10.2018.

## TOP 7.3

### Sonstige Informationen

1. Frau Leuschner informiert anhand der PowerPoint-Präsentation „Radverkehrsführung an der Kreuzung Breite Straße/Friedrich-Ebert-Straße/Kreuzstraße“ (**Anlage 4**) zum indirekten Linksabbiegen für Radfahrende.
2. Frau Fellner nimmt Bezug auf die unter TOP 9.2 im öffentlichen Teil der 43. Sitzung des Hauptausschusses am 18.10.2018 von Herrn Passoke gegebene Information zur Radverkehrsführung im Kreuzungsbereich Breite Straße/Friedrich-Ebert-Straße und erläutert, dass für die Radfahrer stets die rechts von ihm gelegenen Lichtsignale gelten und sich dieses von den Fußgängern, für die sich die Lichtsignale gegenüberliegend befinden, unterscheiden. Sie berichtet, dass eine Überprüfung vor Ort durchgeführt und dabei festgestellt wurde, dass die Darstellung der Lichtsignale für die Radfahrenden tatsächlich nicht eindeutig ist und sagt zu, den Landesbetrieb Straßenwesen (LS) gezielt anzusprechen, inwieweit an dieser Stelle mehr Klarheit für die Radfahrenden geschaffen werden kann und auch, dass die angeordneten Hinweisschilder noch nicht aufgestellt wurden. Im Nachgang dessen wird es eine abschließende Vor-Ort-Begehung mit dem LS geben. Weiterführend geht sie auf die Anfrage, ob man dem Bus ein Vorrecht für das Linksabbiegen in die Friedrich-Ebert-Straße einräumen kann, ein und informiert, dass es sich dabei um ein seit zwei Jahren laufendes Projekt handelt und dass, um den ÖPNV zügig durch die Stadt zu führen, die Busse technisch umgestellt werden müssen, damit die Vorberechtigung durch das Einholen eines Signals durch den Bus umgesetzt wird. Sie informiert weiter, dass es dazu einen gemeinsamen Förderantrag der Barnimer Busgesellschaft mbH und dem Landkreis Barnim und die Umsetzung im nächsten Jahr erfolgen soll.
3. Frau Leuschner nimmt Bezug auf die unter TOP 9 im öffentlichen Teil der 39. ABPU-Sitzung am 09.10.2018 von Herrn Jede gegebene Information, dass gemäß der in der 29. ABPU-Sitzung von Herrn Weber, Landkreis Barnim, getroffenen Aussage, die Buslinie 910 zukünftig an der Haltestelle „Forsthaus“ hält und dies bis dato nicht umgesetzt wurde. Sie informiert, dass während des letzten Nahverkehrsbeirates beim Landkreis Barnim auf Anfrage mitgeteilt wurde, dass die Akkus für den Oberleitungsbus bestellt sind, die Lieferung noch aussteht und deshalb der Umbau der Busse derzeit nicht erfolgen kann und demzufolge die Realisierung (Integration der Linie 910 in den O-Bus Verkehr) erst mit dem nächsten Fahrplanwechsel 2019 möglich ist.



## **TOP 8**

### **Informationsvorlagen**

Es liegen keine Informationsvorlagen vor.

## **TOP 9**

### **Anfragen, Anregungen und Informationen von Fraktionen, Stadtverordneten und sachkundigen Einwohnern sowie im Rahmen ihrer Zuständigkeit von Ortsvorstehern/-innen, der Vorsitzenden der Beiräte gem. Hauptsatzung, dem/der Vorsitzenden des KJP und den Beauftragten gem. Hauptsatzung**

#### 9.1 Herr Baaz:

- fragt an, warum die Mühlenstraße ab dem 07.11.2018 komplett gesperrt wird

Frau Köhler informiert, dass ein Teilabschnitt der Asphaltdecke abgefräst und dann erneuert werden muss.

#### 9.2 Herr Banaskiewicz:

- fragt an, warum die Paul-Trenn-Straße nach Fertigstellung wieder aufgenommen wird und wer die Kosten trägt

Frau Köhler antwortet, dass nach Durchführung der Kamerabefahrung bauliche Mängel an der Regenleitung festgestellt wurden und diese durch die Baufirma und auf deren Kosten abgearbeitet werden. Aus diesem Grund wird sich die Abnahme noch um gewisse Zeit verzögern.

- berichtet, dass er über eine mangelhafte Reinigung der Turnhalle in der Bruno-H.-Bürgel-Schule informiert wurde und fragt nach, wer die Reinigungsleistungen kontrolliert

Frau Fellner sagt zu, die Anfrage zur Prüfung an die Hausmeister weiterzugeben.

- fragt nach dem aktuellen Stand zum neuen Museumsdepot in der Saarstraße und ob es ein Konzept zum Aufwand der Ertüchtigung gibt; er bittet in diesem Zusammenhang erneut über die Anregung der Fraktion Bürgerfraktion Eberswalde nachzudenken, einen kostengünstigeren Neubau für die Unterbringung des Museumsdepots und des Stadtarchivs zu errichten.

Frau Fellner antwortet, dass die Verwaltung am Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 18.01.2018 gebunden ist, der die Nutzung des stadteigenen Gebäudes in der Saarstraße 8a als Standort für das neue Museumsdepot vorsieht. Sie sagt zu, die Anfrage an Herrn Dr. Neubacher zur Beantwortung weiterzureichen.

### 9.3 Herr Jede:

- bezieht sich auf die am Gebäude der Berufsfeuerwehr festgestellten Mängel und fragt, wie hoch der Kostenrahmen zur Beseitigung der Mängel ist

Die Verwaltung nimmt die Anfrage mit.

- greift auf, dass aufgrund von Lärmbelästigung der Anwohner ein Teil der B167 in Finowfurt gesperrt wurde und zieht Parallele zu der Verkehrssituation in der Eberswalder Straße; er regt an, diese Vorgehensweise aufzugreifen

Frau Fellner antwortet, dass in dem Fall keine Vergleiche möglich sind, sagt eine zeitnahe Prüfung in Absprache mit dem Tiefbauamt zur Situation der Regenabläufe auf der Eberswalder Straße zu, um dann erneut gezielt an den LS heranzutreten.

### 9.4 Herr Sandow:

- bezieht sich auf das Ergebnis der Gespräche zwischen den Ländern Berlin und Brandenburg zur gemeinsamen Wohnungspolitik und dem Ergebnis, dass in den Städten der zweiten Reihe, insbesondere in Eberswalde, schneller und mehr gebaut werden soll und fragt an, welche Auswirkungen dieses Ergebnis kurzfristig auf die Stadt Eberswalde hat

Frau Fellner informiert, dass Herr Boginski als Vorsitzender des Städteforums aktiv an der Konferenz beteiligt war, er über die in Eberswalde laufenden Projekte berichtet hat und deshalb Eberswalde zitiert wurde. Sie erläutert, dass die Städte im Ergebnis von den benannten politischen Festlegungen immer in Abhängigkeit der Vorgaben vom Land stehen und nennt beispielhaft „für ein schnelleres Bauen“ eine Änderung in der Bauordnung oder „für mehr zu bauen“, die Freigabe von Fördermitteln.

- regt an, den Arbeitskreis Wohnbauflächen wieder tagen zu lassen, um weitere Potentialflächen anzugehen

Frau Fellner nimmt die Anregung mit und schlägt vor, die Beschlussfassung zum Flächennutzungsplan im Dezember vorzunehmen und sich dann zu Beginn des neuen Jahres gemeinsam über weitere Projekte Gedanken zu machen.

- fragt an, ob die Verwaltung bei der Wahl der Aufstellorte der Verteilerkästen durch die Telekom Einfluss nehmen kann

Frau Fellner antwortet, dass im gemeinsamen Gespräch mit der Telekom die Standorte der Verteilerkästen für schnelleres Internet ausgiebig diskutiert wurden, die Standortauswahl nicht völlig flexibel ist, weil sie an die Leitungen gebunden ist und im Ergebnis einvernehmliche Lösungen zu den Aufstellorten gefunden wurden.

#### 9.5 Herr Dr. Mai:

- informiert, dass sich aufgrund der derzeitige Baumaßnahme zur Herstellung des Radfahrweges an der ehemaligen Chemischen Fabrik in der Eberswalder Straße ein Rückstau bildet und fragt, ob die Sperrung von zwei Fahrspuren grundsätzlich bleibt und was geplant ist

Frau Fellner antwortet, dass die Sperrung der zwei Fahrspuren für die Bauzeit erforderlich ist und deshalb eine Ampelregelung vorgehalten wird. Nach Fertigstellung wird es eine Fahrspur stadteinwärts geben. Sie berichtet, dass mit dem LS der Baubeginn für die Sommerpause abgestimmt war und damit in die verkehrsarme Zeit fallen sollte. Sie führt weiter aus, dass mit der Straßenverkehrsbehörde abgestimmt ist, dass nur abschnittsweise gebaut wird und bei Winter einbruch der Abschnitt kurzfristig wieder freigegeben kann. Geplante Bauzeit beträgt 4 Monate zuzüglich der Winterzeit.

- informiert, dass an ihn die Frage herangetragen wurde, dass nach Fertigstellung des Fußgängerüberwege in der Heinrich-Heine-Straße nun erneut am Gehweg gebaut wird und fragt, warum dies nicht zusammenhängen erfolgt ist

Herr Grohs antwortet, dass der Bebauungsplan für die Heinrich-Heine-Straße auch die Grünordnung enthalten hat und es sich hierbei nicht um Arbeiten am Gehweg handelt, sondern um Regulierungsarbeiten. Derzeit erfolgen Pflanzarbeiten der Böschung.

#### 9.6 Herr Banaskiewicz:

- weist darauf hin, dass durch die Ampelregelung für die Baustelle zur Herstellung des Radweges im Bereich der ehemaligen Chemischen Fabrik die Ausfahrt der Berufsfeuerwehr versperrt wird und regt eine Prüfung durch die Verkehrsbehörde an

Die Verwaltung nimmt den Hinweis mit.

### **TOP 10**

#### **Beschlussvorlagen (Beratung und Beschlussfassung)**

##### **TOP 10.1**

**Vorlage:** BV/0756/2018

**Einreicher /**

**zuständige Dienststelle:** 20 - Kämmerei

#### **Haushaltssatzung 2019**

Herr Wolff informiert, dass folgende Änderungsanträge zur Haushaltssatzung 2019 mit der Einladung an die Mitglieder und sachkundigen Einwohner versandt wurden:

- Aus dem Produktbereich 54: Verkehrsflächen/-anlagen, ÖPNV Instandsetzung der Geh- und Radwege (*Einreicher: Fraktion CDU*)
- Erhöhung der Mittel für Geh- und Radwegsanierung (*Einreicher: Fraktion DIE SPD Fraktion und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN*)
- Sanierung von Sanitärbereichen in Kindertagesstätten in der Stadt Eberswalde (*Einreicher: Fraktion DIE SPD-Fraktion*)
- Stadtbegrünung (*Einreicher: Fraktion DIE SPD-Fraktion*)
- Umweltverbund stärken (*Einreicher: Fraktion DIE SPD-Fraktion*)
- Winterdienst auf Radwegeverbindungen (*Einreicher: Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN*)

Weiterführend teilt er mit, dass folgende Änderungsanträge vor der Sitzung an alle Mitglieder und sachkundige Einwohner verteilt wurden:

- Wiederherstellung der Badestelle in Spechthausen (*Einreicher: Fraktion Bürgerfraktion Eberswalde*)
- Sanierung und Instandsetzung der Geh- und Radwege in den Eberswalder Orts- und Stadtteilen“ (*Fraktion UNABHÄNGIGES Wählerbündnis Eberswalde*)
- Erhöhung des Budgets für Geh- und Radwegesanierungen (*Einreicher: Fraktion DIE LINKE.*)
- Fahrradfreundliche Kommune / Errichtung von Fahrradabstellanlagen im Stadtgebiet (*Einreicher: Fraktion CDU*)
- Grundstücksverkehr und Wohnbebauung (*Einreicher: Fraktion DIE LINKE.*)
- Budget für Unterhaltung der öffentlichen Grünflächen in der Mittleren Finanzplanung (*Einreicher: Fraktion DIE LINKE.*)
- Förderung von Umweltprojekten (*Einreicher: Fraktion DIE LINKE.*)
- Kleinteilige Aufwertungsmaßnahmen Bepflanzung im Brandenburgischen Viertel (*Einreicher: Fraktion CDU*)
- Weitere Sanierung des Feuerlöschteiches in der Clara Zetkin Siedlung (*Einreicher: Fraktion CDU*)
- Gutachten Sanierung und Instandsetzung Teufelsbrücke (*Einreicher: Fraktion CDU*)

Herr Wolff schlägt vor, die Änderungsanträge thematisch zusammenhängend zu behandeln.

Herr Jede verlässt die Sitzung um 20:21 Uhr. Damit sind **9 Mitglieder** anwesend.

### **1. Änderungsantrag** von der Fraktion CDU

aus dem Produktbereich 54: Verkehrsflächen/-anlagen, ÖPNV  
**„ Instandsetzung der Geh- und Radwege“**

Herr Grohs erklärt als Einreicher des Änderungsantrages, dass er diesen zurückzieht und die Fraktion sich dem gemeinsam eingereichten Änderungsantrag der Fraktion DIE SPD-Fraktion und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN anschließt.

**2. Änderungsantrag** von der Fraktion UNABHÄNGIGES Wählerbündnis Eberswalde  
**„Sanierung und Instandsetzung der Geh- und Radwege in den Eberswalder Orts- und Stadtteilen“**

Herr Baaz informiert als Einreicher des Änderungsantrages, dass die Fraktion ihren Änderungsantrag aufgrund der aus ihrer Sicht bestehenden Notwendigkeit und der stetigen Preissteigerungen durch die Baufirmen aufrechterhält.

Herr Wolff informiert, dass dieser Änderungsantrag der weitreichendere Antrag ist und deshalb zuerst zur Abstimmung gestellt wird.

**Abstimmungsergebnis zum Änderungsantrag:** mehrheitlich abgelehnt

**3. Änderungsantrag** von den Fraktionen DIE SPD Fraktion und Fraktion BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN **„Erhöhung der Mittel für Geh- und Radwegsanierung“**

Herr Dr. Mai informiert als Miteinreicher des Änderungsantrages, dass dieser Antrag von der Fraktion CDU mitgetragen wird und sich die Fraktion die DIE LINKE bereits positioniert hat, ebenfalls Miteinreicher dieses Änderungsantrages zu werden. Die Fraktion DIE LINKE möchte sich aber noch intern über die Höhe der Summe beraten. Er gibt zum Ausdruck, dass ein gemeinsames Vorgehen zu dieser Thematik begrüßt wird.

Herr Grohs schlägt vor, dass der Haushaltsansatz von 350.000 Euro auf insgesamt 400.000 Euro für die Geh- und Radwegsanierung zu erhöhen; davon 300.000 Euro für die Gehwegsanierung und 100.000 Euro für die Radwegsanierung.

Die Einreicher dieses Änderungsantrages geben zum Ausdruck, dass ein Anschluss an diesen Änderungsantrag durch die anderen Fraktionen, die einen ähnlichen Änderungsantrag mit anderen Beträgen eingebracht haben begrüßt wird, um ein gemeinsames Auftreten zu signalisieren.

**Abstimmungsergebnis zum Änderungsantrag mit dem geänderten Gesamtbetrag in Höhe von 400.000 Euro:** einstimmig befürwortet

**4. Änderungsantrag** von der Fraktion DIE LINKE  
**„Erhöhung des Budgets für Geh- und Radwegsanierungen“**

Herr Wolff zieht als Einreicher den Änderungsantrag zurück mit dem Hinweis, dass die Fraktion vorsieht, sich dem Änderungsantrag der Fraktion DIE SPD-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN und der Fraktion CDU anzuschließen, sich jedoch erst innerhalb der Fraktion zu der neuen Summe in Höhe von 400.000 Euro abstimmen wird.

Frau Fellner erläutert, dass die Höhe der Mittel im Haushaltsjahr, insbesondere für die Geh- und Radwegsanierung dahingehend zu bedenken ist, dass diese als Gesamtmaßnahme realisierbar bleibt und dass die Firmen in diesem Rahmen gebunden werden können. Darüber hinaus gibt sie den Hinweis, dass die Bezahlung von investiven Maßnahmen nur sehr begrenzt möglich ist.

## **5. Änderungsantrag von der Fraktion DIE SPD-Fraktion**

### **„Sanierung von Sanitärbereichen in Kindertagesstätten in der Stadt Eberswalde“**

#### Herr Baaz:

- geht auf die Begründung des Antrages ein und sieht die Formulierung „Aufgrund der gestiegenen Baukosten ist absehbar... „ als nicht zutreffend an

#### Herr Banaskiewicz:

- schließt sich dem an, dass die Formulierung nicht treffend gewählt ist und regt an, den Betrag nicht mit den einzelnen Projekten zu hinterlegen, sondern als eine zusätzliche Summe für die Sanierung von Sanitärbereichen in Kindertagesstätten zur Verfügung zu stellen, um die Realisierung der Projekte sicherzustellen und für den Bereich zu verwenden, für den die bereitgestellten Mittel nicht ausreichen; er fragt, wie die gegebenenfalls nicht abgedeckten Baukosten ausgeglichen werden sollen

Frau Fellner antwortet, dass derzeit dazu noch keine Aussage getroffen werden kann, weil die benannten Maßnahmen noch nicht ausgeschrieben sind. Sie gibt aber zur Kenntnis, dass die Bereitstellung zusätzlicher zweckgebundener Mittel für die Realisierung der Maßnahmen Sicherheit bieten und informiert, dass das Budget in den Verantwortungsbereich vom Amt 40 unter Leitung von Frau Ladewig fällt.

Herr Dr. Mai erläutert als Einreicher des Änderungsantrages, dass die Fraktion den Antrag grundsätzlich aufrechterhält, ihn aber heute nicht zur Abstimmung stellt bis zur Feststellung der tatsächlichen Kosten durch das budgetverantwortliche Amt 40. Er bittet die Verwaltung bis zur Entscheidung der Beschlussvorlage zu prüfen, ob die Mehrkosten wirklich notwendig sind oder ob die im Haushalt eingestellten Mittel als ausreichend gelten.

Herr Wolff bittet die Fraktion, das Anliegen bezüglich der Feststellung der Kosten im ASBKS, am 08.11.2018 direkt an das Amt 40 zu richten.

## **6. Änderungsantrag** von der Fraktion DIE SPD-Fraktion **„Stadt Begrünung“**

Herr Wolff informiert, dass vor der Sitzung vom Einreicher eine Austauschseite zum Änderungsantrag eingereicht und vor der Sitzung an alle Mitglieder und sachkundige Einwohner verteilt wurde (**Anlage 5**).

Herr Grohs:

- regt an, ein Konzept mit dem Inhalt, wo Dachbegrünungen möglich sind, zu erstellen und den Änderungsantrag nochmals zu überdenken, weil 10.000 Euro für eine Dachbegrünung städtischer Gebäude nicht ausreichend sind

Her Dr. Mai erläutert als Einreicher, dass es sich hierbei um ein Pilotprojekt handelt, um einen Kostenrahmen zu ermitteln

Frau Fellner erläutert, dass von der Verwaltung die Anbringung von Fassadenbegrünung untersucht werden kann, dagegen eine Dachbegrünung im Nachgang aus statischer Sicht nicht möglich ist sondern nur bei einem Neubau mitbedacht werden kann. Sie informiert, dass die Verwaltung vorsieht, das 100-Bäume-Programm im ABPU zu Beginn des nächsten Jahres zu thematisieren und sie empfiehlt, das Projekt „Essbare Stadt“ verantwortungsvoll zu definieren, weil Obstbäume entlang von Straßen nicht nur eine Gefahr für Fußgänger, Rad- und Motorradfahrer, sondern auch ein Reinigungsproblem darstellen; dagegen sind Obstbäume auf Streuobstwiesen eine gute Idee. Frau Fellner berichtet, dass die üblichen Mittel für das 100-Bäume-Programm im Haushalt bedacht sind.

Herr Melzow:

- regt an, den Änderungsantrag zu überdenken und die Dachbegrünung als Pilotprojekt aus dem Haushalt herauszunehmen und direkt an einem geeigneten Ort zu erproben

**Abstimmungsergebnis zum Änderungsantrag:** mehrheitlich abgelehnt

## **7. Änderungsantrag** von der Fraktion DIE SPD-Fraktion **„Umweltverbund stärken“**

Herr Dr. Mai erläutert den Sachverhalt des Änderungsantrages.

Herr Wolff informiert, dass vor der Sitzung vom Einreicher eine Austauschseite zum Änderungsantrag eingereicht und vor der Sitzung an alle Mitglieder und sachkundige Einwohner verteilt wurde (**Anlage 6**).

**Abstimmungsergebnis zum Änderungsantrag mit Austauschseite:** mehrheitlich abgelehnt

## **8. Änderungsantrag** von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN **„Winterdienst auf Radwegeverbindungen“**

Frau Oehler erläutert den Sachverhalt des Änderungsantrages.

Frau Fellner gibt zu bedenken, dass die Verwaltung nicht bis zum Beschluss des Haushaltes 2019 am 22.11.2018 Aussagen zu den erforderlichen finanziellen Mitteln, zur technischen Umsetzung und auch nicht zu den Auswirkungen auf die Straßenreinigungsgebührensatzung treffen kann und erläutert die Hintergründe. Sie sagt aber zu, dass Lösungswege vom Bauhof zu ausgewählten Bereichen geprüft und aufgezeigt werden, so dass im I. Quartal 2019 erste Lösungsschritte vorgestellt werden können.

Frau Oehler zieht als Einreicher den Änderungsantrag zurück mit dem Vermerk, dass von der Verwaltung im Frühjahr 2019 eine praktikable Lösung vorgestellt wird.

## **9. Änderungsantrag** von der Fraktion Bürgerfraktion Eberswalde **„Wiederherstellung der Badestelle in Spechthausen“**

Herr Banaskiewicz informiert, dass die Fraktion CDU und Fraktion DIE SPD Fraktion Miteinreicher des Änderungsantrages werden möchten.

Herr Dr. Mai:

- die Fraktion DIE SPD-Fraktion bittet um Ergänzung des Satzes „Die Untere Wasserbehörde wird bei der Prüfung mit einbezogen.“

Herr Banaskiewicz antwortet, dass davon ausgegangen werden kann, dass die Gesetzlichkeiten, wie die Einbeziehung der Unteren Wasserbehörde, eingehalten werden

Herr Grohs:

- informiert, dass die Badestelle eine gewisse Tradition trägt und die Einwohnerschaft des Ortsteils Spechthausen im Wachsen ist; er regt deshalb an, die Badestelle mit wenig Aufwand wieder herzurichten

Herr Wolff regt an, dass vor dem Handeln die Besitz- und Beteiligtenverhältnisse zu klären sind und unterbreitet aus Sicht der Fraktion DIE LINKE den Gegenvorschlag, für eine Machbarkeitsstudie oder ein Gutachten 10.000 Euro im Haushalt einzustellen.

Frau Fellner erläutert, dass die Verwaltung nicht in Aussicht stellen kann, so ein Projekt innerhalb eines Jahres umsetzen zu können, weil die Gewässerstelle dem Land Brandenburg und die landseitigen Flächen privaten Eigentümern gehört und die Stadt nicht Eigentümer ist.



Weiterführend gibt sie zu bedenken, dass sich dieses Gewässer im Fauna-Flora-Habitat (FFH) –Gebiet befindet und deshalb vor Umsetzung dieses Projektes die Untere Naturschutzbehörde und Untere Wasserbehörde anzuhören sind, aber auch eine gewisse Planung dazu gehört, um einer erneuten kurzfristigen Verschlammung entgegenzuwirken. Sie weist darauf hin, dass die Kostenermittlung in Abhängigkeit der Mengen und der Art der Materialentnahme steht und im Anschluss ein landschaftspflegerischer Begleitplan aufzustellen ist. Frau Fellner zeigt zwei Wege auf im Umgang mit dem Änderungsantrag. Zum einen kann im nächsten Jahr mit der Planung, Untersuchung des Materials, der Klärung der Eigentumsverhältnissen und der Förderungsmöglichkeiten begonnen werden, die einen Zeitrahmen von ca. 1 Jahr beanspruchen. Sie schlägt deshalb vor, für die Planung und Vorbereitung 15.000 Euro zur Verfügung zu stellen oder der zweite Weg mit den laut Änderungsantrag vorgeschlagenen 100.000 Euro zu prüfen, ob eine Umsetzung im nächsten Jahr möglich wird.

Herr Bloch nimmt ab 21:04 Uhr an der Sitzung teil. Damit sind **9 Mitglieder** anwesend.

Herr Banaskiewicz zieht als Einreicher und im Namen der Miteinreicher den Änderungsantrag zurück, um sich innerhalb der Fraktionen über den Vorschlag der Verwaltung zu beraten.

#### **10. Änderungsantrag** von der Fraktion CDU

**„Stadt Eberswalde – Fahrradfreundliche Kommune /Errichtung von Fahrradabstellanlagen im Stadtgebiet“**

Herr Grohs erläutert als Einreicher des Änderungsantrages den Sachverhalt.

**Abstimmungsergebnis des Änderungsantrage:** einstimmig befürwortet

#### **11. Änderungsantrag** von der Fraktion DIE LINKE.

**„Grundstücksverkehr und Wohnbauförderung“**

Herr Wolff erläutert als Einreicher des Änderungsantrages des Sachverhalts.

**Abstimmungsergebnis des Änderungsantrages:** einstimmig befürwortet

#### **12. Änderungsantrag** von der Fraktion DIE LINKE.

**“Budget für Unterhaltung der öffentlichen Grünflächen in der Mittleren Finanzplanung“**

Herr Sandow:

- schlägt vor, den Beschlussvorschlag um das Wort „jährlich“ (... weiterhin ein Betrag von jährlich 200.000 Euro eingestellt.) zu ergänzen, um Klarheit zu definieren.

Herr Wolff stimmt als Einreicher des Änderungsantrages dem Vorschlag zu.

**Abstimmungsergebnis des Änderungsantrages mit der Änderung:**  
einstimmig befürwortet

**13. Änderungsantrag** von der Fraktion DIE LINKE  
**„Förderung von Umweltprojekten“**

Herr Wolff stellt als Einreicher des Änderungsantrages den Sachverhalt dar.

Frau Fellner erläutert, dass aus Sicht der Verwaltung vorstellbar ist, die „Essbare Stadt“ in diesem Rahmen umzusetzen, äußert aber ihre Bedenken, dass bei einer Erhöhung der Haushaltsansätze um das Doppelte, sich die Realisierung schwierig darstellen könnte und schlägt vor, auf 10.000 Euro zu erhöhen.

Frau Wagner:

- schlägt vor, unter Berücksichtigung der Kosten für Umweltprojekte zuzüglich der Umsetzung des Projektes „Essbare Stadt“ den Betrag auf 12.000 Euro zu erhöhen.

Herr Wolff teilt mit, dass die Fraktion den Änderungsantrag auf 12.000 Euro ändert.

**Abstimmungsergebnis des Änderungsantrages mit der Änderung:**  
mehrheitlich befürwortet

**14. Änderungsantrag** von der Fraktion CDU  
**„Kleinteilige Aufwertungsmaßnahmen Bepflanzung im Brandenburgischen Viertel“**

Herr Grohs stellt den Sachverhalt des Änderungsantrages dar.

**Abstimmungsergebnis des Änderungsantrages:** mehrheitlich befürwortet

**15. Änderungsantrag** von der Fraktion CDU  
**„Weitere Sanierung des Feuerlöschteiches in der Clara Zetkin Siedlung“**

Herr Grohs stellt den Sachverhalt des Änderungsantrages dar.

Frau Heidenfelder informiert, dass der Siedlerbund im Rahmen des Bürgerbudgets Geld für die Aufwertung des Feuerlöschteiches erhalten hat und der Boden- und Wasserverband ein Gutachten erarbeitet hat. Durch Mitarbeiter des Bauhofes wird ggf. mehrmals jährlich das Schilf gemäht. Kleinteilige Maßnahmen könnten gegebenenfalls zu einer minimalen Wasserstandserhöhung beitragen. Durch den Straßenbau sind Mulden errichtet worden und damit ist die Straßenentwässerung in den Teich nicht mehr gegeben, auch nicht, wenn der Teich ausgebaggert wird.

Herr Baaz:

- regt an, den Teich in Absprache mit der Unteren Wasserbehörde ggf. mit Teichfolie und Rasengittersteinen entsprechend zu ertüchtigen, um eine dauerhafte Lösung zu erzielen.

**Abstimmungsergebnis des Änderungsantrages:** mehrheitlich abgelehnt

#### **16. Änderungsantrag** von der Fraktion CDU

##### **„Gutachten Sanierung und Instandsetzung der Teufelsbrücke“**

Herr Grohs erläutert den Sachverhalt des Änderungsantrages.

Herr Dr. Mai:

- regt an, in Absprache mit dem Eigentümer ggf. über Fördermittel Erhaltungsmaßnahmen anzugehen

Frau Fellner informiert, dass die Teufelsbrücke Eigentum des Wasserschiffahrtsamt ist und sie ein wichtiger Bestandteil von Industriekultur darstellt. Sie erläutert, dass die Verwaltung aus diesem Grund 2017 ein Angebot von einem Brückenprüfer für ein Gutachten eingeholt hat und eine Kostenschätzung für ca. 15.000 Euro vorliegt. Als Lösungsansatz schlägt sie vor, mit dem Eigentümer ins Gespräch zu gehen, dass die Verwaltung ein Gutachten erstellen lässt und der Eigentümer Werterhaltungsmaßnahmen durchführt.

**Abstimmungsergebnis des Änderungsantrages:** mehrheitlich befürwortet

Herr Wolf stellt fest, dass die Beschlussvorlage BV/0756/2018 mit den befürworteten Änderungsanträgen zur Abstimmung gestellt wird:

- Erhöhung der Mittel für Geh- und Radwegsanierung  
(*Einreicher: Fraktion DIE SPD Fraktion und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN*)  
Mit der Änderung: in Höhe von 400.000 Euro
  
- Fahrradfreundliche Kommune / Errichtung von Fahrradabstellanlagen im Stadtgebiet  
(*Einreicher: Fraktion CDU*)
  
- Grundstücksverkehr und Wohnbebauung  
(*Einreicher: Fraktion DIE LINKE.*)
  
- Budget für Unterhaltung der öffentlichen Grünflächen in der Mittleren Finanzplanung  
(*Einreicher: Fraktion DIE LINKE.*)  
Mit der Änderung: das Wort „jährlich“ ergänzen
  
- Förderung von Umweltprojekten  
(*Einreicher: Fraktion DIE LINKE.*)  
Mit der Änderung „auf 12.000 Euro erhöhen“
  
- Kleinteilige Aufwertungsmaßnahmen Bepflanzung im Brandenburgischen Viertel  
(*Einreicher: Fraktion CDU*)
  
- Gutachten Sanierung und Instandsetzung Teufelsbrücke  
(*Einreicher: Fraktion CDU*)

**Abstimmungsergebnis zur Beschlussvorlage BV/0756/2018 „Haushaltssatzung 2019“ mit den befürworteten Änderungsanträgen: einstimmig befürwortet**

Der Ausschuss für Bau, Planung und Umwelt empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung nachstehende Beschlussfassung vorzunehmen:

**Beschlussvorschlag:**

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die Haushaltssatzung 2019 der Stadt Eberswalde mit ihren Bestandteilen und Anlagen nach § 65 Abs.1 und 2 sowie § 66 wie vor der Kommunalverfassung des Landes Brandenburg und § 3 der Kommunalen Haushalts- und Kassenverordnung des Landes Brandenburg (KomHKV).

## **TOP 10.2**

**Vorlage:** BV/0777/2018

**Einreicher /**

**zuständige Dienststelle:** 65 - Tiefbauamt

### **Entwurfsplanung und Baubeschluss der Verkehrsanlage Pfeilstraße**

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig befürwortet

Der Ausschuss für Bau, Planung und Umwelt empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung nachstehende Beschlussfassung vorzunehmen:

#### **Beschlussvorschlag:**

Die Stadtverordnetenversammlung stimmt der Entwurfsplanung zum Bau der Verkehrsanlage Pfeilstraße zu und beschließt den Bau der Verkehrsanlage.

Weiterhin wird die Verwaltung mit der Erstellung des Bauprogramms beauftragt.

## **TOP 10.3**

**Vorlage:** BV/0786/2018

**Einreicher /**

**zuständige Dienststelle:** 61 – Stadtentwicklungsamt

### **1. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Eberswalde**

#### **Vorbereitung des Abwägungsergebnisses für die Teilfläche B**

Im Ergebnis der Diskussion wird angeregt, dass zuvor die bereits vorhandenen Baulandflächen genutzt und vermarktet werden und deshalb eine ablehnende Haltung von den Fraktionen signalisiert wurde.

**Abstimmungsergebnis:** mehrheitlich abgelehnt

## **TOP 10.4**

**Vorlage:** BV/0780/2018

**Einreicher /**

**zuständige Dienststelle:** 61 - Stadtentwicklungsamt

### **Benennung der neu entstehenden öffentlichen Straße im Geltungsbereich des Bebauungsplanes Nr. 606 "Christel-Brauns-Weg" in "Christel-Brauns-Weg"**

#### **"Christel-Brauns-Weg" in "Christel-Brauns-Weg"**

Frau Fellner informiert darüber, dass die Namensbenennung im Gespräch mit dem Witwer von Frau Dr. Brauns abgestimmt wurde.

#### Herr Bloch:

- informiert, dass Frau Dr. Brauns ehemals Mitglied der Fraktion war und deshalb um Information gebeten wird, wenn das Straßenschild aufgestellt wird

Die Verwaltung sagt dies zu.

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig befürwortet

Der Ausschuss für Bau, Planung und Umwelt empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung nachstehende Beschlussfassung vorzunehmen:

**Beschlussvorschlag:**

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, dass die neu entstehende öffentliche Straße im Geltungsbereich des Bebauungsplanes Nr. 606 „Christel-Brauns-Weg“ in „Christel-Brauns-Weg“ benannt wird.

**TOP 10.5**

**Vorlage:** BV/0779/2018

**Einreicher /**

**zuständige Dienststelle:** 61 - Stadtentwicklungsamt

**Bebauungsplan Nr. 606 "Christel-Brauns-Weg"**

**Aufstellungsbeschluss nach § 2 Abs. 1 BauGB**

Frau Wagner:

- geht darauf ein, dass in der Stadt viele Baugebiete zur Einfamilienhausbebauung ausgewiesen sind und die Stadt in Anlehnung an die Ergebnisse der Gespräche zur gemeinsamen Wohnungspolitik zwischen den Ländern Berlin und Brandenburg zukünftig auch wieder vermehrt Mehrfamilienhaus-, Mietwohnungs- und ggf. auch sozialer Wohnungsbau benötigt werden; sie regt an, den Bebauungsplan nicht unter dem Aspekt einer Einfamilienhausbebauung, sondern einer Mehrfamilienhausbebauung auszuweisen

Frau Fellner nimmt Bezug auf die AG FNP Bauflächenentwicklung, in der diese Fläche ausgiebig diskutiert wurde und der Auftrag diese Fläche als Einfamilienhausstandort zu entwickeln an die Verwaltung ergangen ist. Sie macht Ausführungen zur Begründung der Entscheidung, schlägt vor den Beschlussvorschlag um das Wort „Einfamilienhausbau“ zu kürzen, die Entscheidung dem weiteren Verfahren vorzubehalten und regt an, diesen Vorschlag zur Abstimmung zu stellen.

Herr Wolff stellt den Vorschlag von Frau Fellner, den Beschlusstext auf der Seite 1 von 4 im letzten Satz um die Wörter „zum Einfamilienhausbau“ zu streichen zur Abstimmung.

**Abstimmungsergebnis zum Änderungsvorschlag:** einstimmig bestätigt

**Abstimmungsergebnis mit dem bestätigten Änderungsvorschlag:** einstimmig befürwortet

Herr Wolff stellt fest, dass es bereits 22:00 Uhr ist und stellt zur Abstimmung, ob die Sitzung gemäß der Tagesordnung fortgeführt werden soll.

**Abstimmungsergebnis zum Geschäftsordnungsantrag:** einstimmig bestätigt

Der Ausschuss für Bau, Planung und Umwelt empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung nachstehende Beschlussfassung vorzunehmen:

**Beschlussvorschlag:**

### **1. Aufstellungsbeschluss**

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 606 „Christel-Brauns-Weg“ gemäß § 2 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB).

Zum Geltungsbereich des Aufstellungsbeschlusses für den Bebauungsplan Nr. 606 „Christel-Brauns-Weg“ gehören die folgenden Flurstücke:

Gemarkung: Finow, Flur: 1, Flurstück: 476tw., 478tw., 479, 480, 481, 482tw., 485tw., 547, 1536tw..

Das Plangebiet hat eine Größe von 5,10 ha.

Das Aufstellungsverfahren dient der Entwicklung eines neuen Wohngebietes.

Der als Anlage beigefügte Übersichtsplan zum beabsichtigten Geltungsbereich (unmaßstäblich) ist Bestandteil des Aufstellungsbeschlusses.

### **2. Auftrag zur Durchführung der frühzeitigen Beteiligung**

Die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Absatz 1 BauGB und der Behörden und Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Absatz 1 BauGB ist durchzuführen.

### **3. Auftrag zur ortsüblichen Bekanntmachung**

Der Beschluss über die Aufstellung des Bebauungsplanes sowie Ort und Dauer der öffentlichen Auslegung zur Unterrichtung der Öffentlichkeit über die allgemeinen Ziele und Zwecke sowie über die wesentlichen Auswirkungen der Planung sind ortsüblich bekannt zu machen.

## **TOP 10.6**

**Vorlage:** BV/0773/2018

**Einreicher /**

**zuständige Dienststelle:** 65 - Tiefbauamt

**Satzung über Erlaubnisse und Gebühren für Sondernutzungen an öffentlichen Straßen, Wegen und Plätzen in der Stadt Eberswalde (Sondernutzungssatzung)**

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig befürwortet

Der Ausschuss für Bau, Planung und Umwelt empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung nachstehende Beschlussfassung vorzunehmen:

**Beschlussvorschlag:**

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die als Anlage 1 beigefügte Satzung über Erlaubnisse und Gebühren für Sondernutzungen an öffentlichen Straßen, Wegen und Plätzen in der Stadt Eberswalde (Sondernutzungssatzung).

**TOP 10.7**

**Vorlage:** BV/0775/2018

**Einreicher /**

**zuständige Dienststelle:** 65 - Tiefbauamt

**1. Satzung zur Änderung der Satzung der Stadt Eberswalde über die Umlage der Verbandsbeiträge des Gewässer- und Deichverbandes Oderbruch**

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig befürwortet

Der Ausschuss für Bau, Planung und Umwelt empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung nachstehende Beschlussfassung vorzunehmen:

**Beschlussvorschlag:**

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die als Anlage 1 beigefügte 1. Satzung zur Änderung der Satzung der Stadt Eberswalde über die Umlage der Verbandsbeiträge des Gewässer- und Deichverbandes.

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt die Plankalkulation 2019/2020 sowie die Betriebsabrechnung 2017 zustimmend zur Kenntnis.

**TOP 10.8**

**Vorlage:** BV/0774/2018

**Einreicher /**

**zuständige Dienststelle:** 65 - Tiefbauamt

**2. Satzung zur Änderung der Satzung der Stadt Eberswalde über die Umlage der Verbandsbeiträge des Wasser- und Bodenverbandes „Finowfließ“**

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig befürwortet

Der Ausschuss für Bau, Planung und Umwelt empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung nachstehende Beschlussfassung vorzunehmen:



**Beschlussvorschlag:**

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die als Anlage 1 beigefügte 2. Satzung zur Änderung der Satzung der Stadt Eberswalde über die Umlage der Verbandsbeiträge des Wasser- und Bodenverbandes „Finowfließ“.

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt die Plankalkulation 2019/2020 sowie die Betriebsabrechnung 2017 zustimmend zur Kenntnis.

Herr Wolff schließt den öffentlichen Teil der Sitzung um 22:05 Uhr.

Jürgen Wolff  
Vorsitzender des Ausschusses  
für Bau, Planung und Umwelt

Anja Guth  
Schriftführerin



- **Verwaltungsmitarbeiter/innen**

Katrin Heidenfelder

Heike Köhler

Silke Leuschner

Heike Pankrath

zu TOP 10.1

Sven Siebert

zu TOP 10.1

- **Gäste**

André Kazenwadel

zu TOP 7.1

Rücker

zu TOP 7.1

Simone Schulz

zu TOP 7.1